

Zeitschrift: Badener Neujahrsblätter

Herausgeber: Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden

Band: 95 (2020)

Artikel: Mein Politikjahr : gepflegter Stillstand auf hohem Niveau

Autor: Ulrich, Stefan

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-858570>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mein Politikjahr

Gepflegter Stillstand auf hohem Niveau

Im Schulhaus Pfaffechappe fand am 28. Mai 2019 ein seltenes Ereignis statt: Es war Einwohnerratssitzung, die erste nach vier Monaten. Für die Geschäfte waren zwei Abende angesetzt. Aber die Zeit reichte locker, um alle Traktanden an einem einzigen Abend abzuhandeln. An der Sitzung hatte sich der Rat mit der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht 2018 des Stadtrats beschäftigt. Die Rechnung war im Nu durch, sie schloss ausgeglichen, also kein Grund zum Wehklagen.

Ein Wehklagen gab es aber beim Geschäftsbericht, denn der Stadtrat legte eine verheerende Bilanz vor. «Nicht erreicht», das war der Vermerk bei den meisten Jahres- und Legislaturzielen. Mehr Veloverkehr in der Stadt – Ziel verfehlt. Eine Strategie für die Weiterentwicklung des Museums Langmatt – nicht erfüllt. BNO-Revision Galgenbuck – auch hier: Fehlanzeige.

Nur bei den Zielen für die Wirtschaft konnte sich der Stadtrat auf die Schultern klopfen. Es sei ihm gelungen, Betriebe aus der Informatik, der Medizintechnik und aus dem Bereich Gesundheit anzusiedeln. Beweis war die Meldung im April 2019, dass sich der IT-Gigant Infosys aus Indien mit der Abteilung «Turbomachinery & Propulsion» in Baden ansiedelt. Auch weist die Standortförderung darauf hin, dass die Zahl der Arbeitsplätze in Baden stabil bleibe und längerfristig sogar nach oben zeige.

Als Erfolge durfte der Stadtrat auch den Baubeginn des Oberstufenzentrums Burghalde und des neuen Kurtheaters melden. Ebenso besteht Konsens darüber, dass die Cordulapassage unter der sanierten Schulhausplatz-Kreuzung gut gelungen sei.

Aber ungeachtet dieser Erfolge: Im Stadtparlament konnte man sich im 2018/19 des Eindrucks nicht erwehren, in Baden herrsche Stillstand. Dieses Un-



Politisch geschah im Jahr 2018/19 in Baden nicht viel. Aber baulich ging es vorwärts, zum Beispiel mit dem Oberstufenzentrum Burghalde. Bild: Alex Spichale, Baden.

behagen wurde schon im Juli 2018 geäussert, als der Stadtrat seine Legislaturziele 2019 bis 2022 vorstellte. Die Liste sei sehr kurz, und die Ziele seien nicht visionär, wurde kritisiert.

Die Erklärung für seine Zurückhaltung lieferte der Stadtrat dann eben im Geschäftsbericht 2018. Wenn man viele Ziele nicht erreichen könne, müsse man sich auch keine hohen Ziele setzen. Dem Einwohnerrat leuchtete das ein, und er wusste, dass er selbst zum politischen Stillstand beigetragen hatte. Um das Budget 2019 zu entlasten, hatte der Einwohnerrat nämlich eine Spezialkommission eingesetzt, die in den ersten vier Monaten des Jahres 2018 sämtliche Abteilungen der Stadtverwaltung auf Spar-, aber auch Einnahmenpotenzial abkloppte.

Sparen bremst die Verwaltung

Diese Kommission präsentierte ein Entlastungspotenzial von über zwei Millionen Franken. Die Kehrseite: Stunden um Stunden verbrachten die Kader der Stadt mit Schreibtischarbeit im Zusammenhang mit der Spezialkommission. Die Folge: Geschäfte blieben liegen, der Stadtrat konnte so viele seiner Ziele nicht erreichen.

Der Einwohnerrat zeigte also Verständnis für die unangenehme Lage des Stadtrats zwischen (zu hoch) gesteckten Zielen und Spardruck aus dem Parlament. Aber Unmut schimmerte doch durch. Warum kommt die Verwaltungsreform nicht voran? Warum stockt die Revision der BNO? Und die Langmatt, von deren marodem Zustand man seit Jahren weiss, warum läuft hier nichts?

Deshalb geisterte das Wort «Stillstand» durch fast jede politische Unterhaltung, die in Baden zwischen Mitte 2018 und Mitte 2019 geführt wurde. Zu hören war auch, dass im Stadtrat kein Gestaltungs- und Führungswille erkennbar sei. Könnte seine Passivität auch damit zusammenhängen, dass diverse Mitglieder des Stadtrats ihre Prioritäten nicht in ihrem Amt sehen, sondern in anderen Betätigungsfeldern? Zum Beispiel in beruflichen Veränderungen, im Führen eines Betriebs, in einem persönlichen Wahlkampf, in einem neuen politischen Mandat oder in mannigfaltigen Hobbys, wie Abfall sammeln oder präsidialer Tätigkeit in einem Frauennetzwerk?

Die Präsidentin des Einwohnerrats bat den Stadtrat im Mai 2019 fast flehentlich, endlich mehr Geschäfte anzupacken. Denn ohne behandlungsreife Vorlagen sah sie die Durchführung der Sitzung vom August 2019 als gefährdet an. Die Sitzung würde in Rütihof stattfinden, als Zeichen der Verbundenheit mit diesem Stadtteil.

Das Nein des Volks zu höheren Steuern

Die finanzielle Situation Badens muss hier noch gesondert angesprochen werden. In der Stadt, die früher das Geld mit vollen Händen ausgab, ist alles anders, seit die Unternehmenssteuern von Axpo, ABB und Alstom/GE eingebrochen sind. Im Gegensatz zum Jahr 2017 verlief die Budgetdebatte im Oktober 2018 aber sehr gesittet. Der Stadtrat brachte den Antrag, den Steuerfuss von 92 auf 97 Prozent zu erhöhen, problemlos durch. Sein Argument: Nur so könne man angesichts der hohen Investitionen eine übermässige Verschuldung verhindern. Die SVP, sonst immer gegen Steuererhöhungen, sagte Ja. Nur FDP und GLP wehrten sich dagegen.

Das Volk lehnte höhere Steuern im November 2018 aber mit 2752 Ja- zu 3461 Nein-Stimmen ab. Es ging wohl davon aus, dass das Sparpotenzial noch nicht ausgeschöpft sei. Taktisch unklug war es vom Stadtrat, kurz vor der Volksabstimmung zu kommunizieren, dass in der Verwaltung neue Stellen geschaffen würden. Der Stadtrat reagierte schnell und legte im Dezember ein neues Budget vor, natürlich ohne höhere Steuern. Dieses kam durch, und so schrammte der Stadtrat an einem budgetlosen Start ins Jahr 2019 vorbei, was bedeutet hätte, dass er nur noch zwingende Ausgaben hätte tätigen dürfen.

Auch ein zweites Thema verdient eine ausführlichere Erwähnung: Fusionen. Der Stadtrat schreibt im Geschäftsbericht 2018, die Gemeinden der Region erwarteten, dass der Stadtrat von Baden in dieser Frage den Lead übernehme. Nur: Von einer Leaderfunktion ist weit und breit nichts zu sehen. Dass man mit Wettingen gar nicht über eine Fusion reden muss, ist dem Stadtrat klar. Denn der Gemeinderat Wettingen publizierte im März 2019 die Resultate einer Bevölkerungsumfrage. Diese habe sehr deutlich ergeben, dass eine Fusion mit Baden kein Thema sei, was den Gemeinderat in seiner ablehnenden Haltung bestärke.

Aber die Fühler nach Ennetbaden ausstrecken? Oder nach Neuenhof? Fehlanzeige! Nicht einmal Turgi reicht Baden die Hand. Der Gemeinderat Turgi möchte nämlich mit Baden fusionieren und stützt sich dabei auf eine Umfrage unter Organisationen, Vereinen und Betrieben. Aber von Baden höre man nichts, klagt sich der Turgemer Gemeindeammann.

Beim Thema Fusionen herrscht in Baden definitiv Stillstand. Was visionäre Projekte betrifft, ebenfalls. Realisiert wird aber momentan einiges, was man in den Jahren zuvor geplant hatte. Deshalb, so das Fazit des Politjahrs 2018/19: In Baden herrscht Stillstand auf nach wie vor hohem Niveau. Die Industrie kümmert das aber nicht gross, sie macht vorwärts und bewahrt Baden den Nimbus, die Wirtschaftshauptstadt des Aargaus zu sein.